

Machterhalt um jeden Preis: die AKP unter Erdoğan setzt in der Türkei weiterhin auf einen autoritären Kurs

Küpeli, Ismail

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Küpeli, I. (2016). *Machterhalt um jeden Preis: die AKP unter Erdoğan setzt in der Türkei weiterhin auf einen autoritären Kurs*. (RLS-Standpunkte, 37). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55511-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ISMAIL KÜPELI

MACHTERHALT UM JEDEN PREIS

**DIE AKP UNTER ERDOĞAN SETZT IN DER TÜRKEI WEITERHIN
AUF EINEN AUTORITÄREN KURS**

Seit den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 und dem zwischenzeitlichen Verlust der absoluten Mehrheit verfolgt die Regierungspartei AKP in der Türkei einen zunehmend autoritären Kurs gegenüber der Opposition und setzt auf eine Eskalation des Krieges gegen die kurdische Bewegung. Dieses Vorgehen sorgt auch außerhalb des Landes für großen Unmut. So fordert eine Resolution des Europaparlaments, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzufrieren. Allerdings ist das Verhalten der AKP kein Bruch mit ihrer vorangegangenen Politik, sondern deren Fortsetzung mit anderen Mitteln.

Seitdem die AKP vor inzwischen 14 Jahren in der Türkei die Regierung übernommen hat, ist ihre Politik daran ausgerichtet, ihren gesellschaftlichen Einfluss und ihre politische Führungsposition weiter auszubauen, – und zwar unter allen Umständen. Der AKP ging es und geht es zuallererst um den Machterhalt. Bei konkreten politischen Maßnahmen, der Mobilisierung von Wählergruppen oder der Auswahl ihrer Verbündeten verfolgt sie daher vor allem einen pragmatischen Ansatz und schert sich relativ wenig um moralische Überzeugungen und Werte. Dies haben politische BeobachterInnen und auch die Opposition in der Türkei zu spät erkannt – und manche Akteure unterliegen bis heute bei der Einschätzung der AKP immer noch fatalen Irrtümern.

So hat etwa die säkulare und kemalistische Opposition schon früh nach der Machtübernahme der AKP im Jahr 2002 diese angegriffen und ihr vorgeworfen, die Partei wolle die Türkei in einen islamistischen Staat verwandeln und habe vor, eine islamische Gesetzgebung (Schlagwort «Scharia») einzuführen. Aber auch diejenigen, die die AKP als demokratieförderlich eingeschätzt haben, lagen falsch. Viele Liberale, die sich in der Türkei gegen die säkulare und kemalistische Opposition und auf die Seite der Regierung stellten, weil sie die AKP als junge moderat-islamische Kraft begriffen, die es gegen die undemokratischen Staatseliten zu verteidigen galt, sollten diesen Irrtum in späteren Jahren teuer bezahlen.

DIE ERSTEN JAHRE DER AKP-HERRSCHAFT

Nach dem Regierungsantritt der AKP 2002 kam es in der Türkei zunächst zu einer ganzen Reihe von innen- und außenpolitischen Kursänderungen. Es gab vorsichtige erste Schritte in Richtung einer friedlichen Lösung des «Kurdenkonflikts», und auch im Prozess der Annäherung an die Europäische Union schienen Fortschritte möglich zu sein. Insbesondere

den Wunsch der AKP-Regierung nach einem möglichst schnellen EU-Beitritt der Türkei sahen viele als eine Art Hebel, um innenpolitische Reformen durchzusetzen. Die Hoffnung war, dass die EU die Einführung und Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Mindeststandards verlangen und die AKP-Regierung diesen Forderungen graduell nachkommen würde, um für ihr Land den Status eines Beitrittskandidaten zu erlangen.

Es gab zwar schon früh kritische Stimmen, die auf die autoritären Tendenzen der AKP-Regierung hinwiesen und ebenfalls bemerkten, dass die EU stärker ihre eigenen politischen und ökonomischen Interessen verfolgt und sich weniger um die Umsetzung von Demokratie und Menschenrechten kümmert. Aber es war leicht, diese Stimmen selbst als einseitig und interessegeleitet abzutun. Dies lag zum Teil auch an der Rhetorik, wonach die AKP einen islamistischen Staat in der Türkei anstrebe. Als eine Entwicklung in diese Richtung in der ersten Amtszeit ausblieb, schien es so, als sei die kemalistische Opposition selbst ideologisch verblendet. Damit wurde die Kritik an der AKP-Regierung insgesamt diskreditiert. In dem sich damals anbahnenden Machtkampf zwischen der AKP-Regierung und den Kemalisten setzten dann viele Liberale und auch Angehörige von Minderheiten auf die AKP und versprachen sich von ihr eine Politik der Demokratisierung und Aussöhnung.

MACHTSICHERUNG UND AUSSCHALTUNG DER OPPOSITION

Was der AKP-Regierung bei ihrem Machtkampf zugutekam, war, dass auch ihre GegnerInnen von vielen gesellschaftlichen Gruppen aus unterschiedlichen Motiven abgelehnt wurden. So stießen die zahlreichen Festnahmen von kemalistischen und nationalistisch gesinnten PolitikerInnen, Milli-

tärangehörigen, Intellektuellen und JournalistInnen im Rahmen des Ergenekon-Prozesses¹ ab 2007 lange Zeit auf wenig Protest. Es kam erst dann zu vermehrter Kritik, als nicht mehr zu übersehen war, dass die AKP-Regierung diesen Prozess dazu nutzte, um RegimegegnerInnen zu inhaftieren. Bis heute fehlen Beweise dafür, dass die Betroffenen tatsächlich Teil einer nationalistischen Verschwörung waren und einen Putsch geplant hatten. Viele der Angeklagten wurden mittlerweile freigesprochen. Ab 2009 kam es zu einer zweiten Repressionswelle, dieses Mal gegen vermeintliche Mitglieder der PKK-nahen Organisation Koma Civakên Kurdistan (KCK).² Mit diesen Schauprozessen und einer gut dosierten Repressionswelle konnte die AKP-Regierung in den Jahren 2007 bis 2013 ihre politischen GegnerInnen erfolgreich in Schach halten, weil viele in dieser Zeit mehr mit ihrer Verteidigung vor Gericht beschäftigt waren als mit Oppositionsarbeit.

Gleichzeitig hat es die AKP geschafft, sich seit 2002 eine stabile Massenbasis aufzubauen, im Gegensatz zu vielen anderen Regierungsparteien in der türkischen Geschichte. Etwa 40 Prozent der Bevölkerung wählt seit 2002 recht konstant die AKP, weil sie das Gefühl haben, dass die Regierungspartei ihnen Wohlstand garantiert und Orientierung gibt. Unter der AKP-Regierung ist eine konservative Mittelklasse entstanden, die sehr an Stabilität interessiert ist und diese Stabilität mit der AKP verbindet. Aber auch Teile der ärmeren Schichten unterstützen die AKP, nicht zuletzt, weil die Partei diejenigen Wahlbezirke mit dem Bau von Schulen und Straßen «belohnt», in denen sie viele Stimmen erhält. Zudem kann sich die AKP auf die Unterstützung derjenigen Kreise verlassen, die sich eine stärker religiös geprägte Gesellschaft wünschen. Sie hat es vermocht, die verschiedenen Gruppen ihrer AnhängerInnen recht geschickt durch staatliche Zuwendungen an sich zu binden. Mit ihrer islamisch-konservativen Gesellschaftspolitik hat sie in den staatlichen und nicht staatlichen Bildungs- und Sozialeinrichtungen eine ganze Generation geprägt, deren Weltanschauung regierungskonform ist. Diese gesellschaftliche Wende hat die AKP im Übrigen in enger Partnerschaft mit der islamischen Gülen-Bewegung organisiert und vollzogen, die jetzt von der AKP-Regierung zum Urheber des Putschversuchs vom 15. Juli 2016 erklärt worden ist.

Der AKP ist es also gelungen, die innenpolitische Opposition einzudämmen und ihre eigene gesellschaftliche Machtbasis immer weiter auszubauen. Zwischen 2002 und 2015 hat sie bei den Parlamentswahlen jeweils so viele Stimmen erhalten, dass sie ohne Koalitionspartner regieren konnte. Spätestens seit den Jahren 2009/10 zeichnete sich ab, dass ihr aus dem Parlament heraus keine Gefahr mehr drohte.

WAFFENRUHE AN DER «KURDISCHEN FRONT»

Nachdem die AKP ihre Macht im Staatsapparat abgesichert hatte, machte sie sich ab 2009 daran, die einzige weiterhin sichtbare Bedrohung im eigenen Land zu beseitigen: die kurdische PKK. Misserfolge bei der Bekämpfung der PKK hatten in den 1990er Jahren immer wieder zum Sturz von Regierungen geführt – diesem Schicksal wollte die AKP entgehen. Ausgestattet mit einem Gefühl der Überlegenheit – nicht gänzlich unbegründet angesichts der Schwäche der parlamentarischen Opposition und der großen Unterstützung, die sie selbst in der türkischen Bevölkerung genießt – ging die AKP davon aus, dass, wenn sie der kurdischen Seite ein Friedensangebot unterbreiten würde, diese dem Angebot unter allen Umständen zustimmen müsse. Da die kurdi-

sche Zivilbevölkerung massiv unter dem schmutzigen Krieg der 1990er Jahre gelitten und diesen noch nicht vergessen hatte, nahm die AKP-Führung an, dass die kurdische Seite alles unternehmen würde, um eine Rückkehr zum offenen bewaffneten Kampf zu vermeiden. So begannen 2009, eingefädelt vom türkischen Geheimdienst MIT, inoffizielle Verhandlungen mit der PKK, während derer die Regierung die Repression gegenüber der kurdischen Bewegung und Zivilgesellschaft jedoch fortsetzte. So blieben beispielsweise kurdische Abgeordnete, die im Zuge der KCK-Prozesse verurteilt worden waren, weiterhin in Haft und konnten so ihr politisches Mandat nicht wahrnehmen.

Zuerst sah es danach aus, als würde sich die PKK doch nicht auf das «Friedensangebot» der Regierung einlassen. In den Jahren 2009 bis 2013 kam es immer wieder zu Gefechten zwischen der türkischen Armee und der PKK, die zahlreiche Tote auf beiden Seiten und viele zivile Opfer forderten. Erst der Beginn direkter Verhandlungen mit dem inhaftierten PKK-Anführer Abdullah Öcalan im Winter 2012 brachte spürbare Resultate. Nachdem die AKP-Regierung die Anerkennung der kurdischen Bevölkerung, ihre rechtliche Gleichstellung und ihre politische Beteiligung in Aussicht gestellt hatte, erfolgte 2013 ein Teilrückzug der PKK-KämpferInnen aus der Türkei nach Nordirak. Die Zahl der militärischen Zusammenstöße ging deutlich zurück. Allerdings blieb es bei einer relativen Waffenruhe, zu einem wirklichen Friedensprozess ist es nie gekommen.

Ein grundsätzliches Problem ist die Forderung der AKP-Regierung, die PKK müsse alle ihre Waffen abgeben, bevor offiziell verhandelt wird. Würde sich diese darauf einlassen, käme das aus ihrer Sicht einer Kapitulation gleich. Dazu ist die PKK bis heute nicht bereit. Ein weiteres Hindernis ist die Politik der Türkei gegenüber der autonomen Region Rojava im Norden von Syrien. In Rojava dominieren PKK-nahe kurdische Kräfte und deswegen hat die Türkei, seitdem diese Kräfte 2012 dort Selbstverwaltungsstrukturen etablieren konnten, über eine Grenzblockade und die Unterstützung von syrischen und anderen arabischen Gegenkräften versucht, diese Strukturen zu zerschlagen oder zumindest zu schwächen. In gewisser Weise tragen die Türkei und die PKK in Rojava einen Stellvertreterkrieg aus.

Trotzdem war der Frieden in der Türkei noch nie so nah wie im Zeitraum 2013 bis 2015. Allerdings war es der AKP-Regierung weder gelungen, die PKK so weit zu schwächen, dass sich diese den Bedingungen der AKP unterworfen hätte, noch war die AKP tatsächlich dazu bereit gewesen, sich auf einen «gerechten Frieden» mit der PKK einzulassen.

MACHTKAMPF IM STAATSAPPARAT

Während Verhandlungen eine Zeitlang für Ruhe an der «kurdischen Front» sorgten, entstand an einer unerwarteten Stelle eine ernsthafte Bedrohung der AKP-Macht. Nachdem die AKP gemeinsam mit der islamischen Gülen-Bewegung mehr als zehn Jahre lang den Staatsapparat beherrscht und die alten Eliten aus Justiz, Polizei und Armee zum Großteil verdrängt hatte, kam es Ende 2013 zu einem ernsthaften Zerwürfnis. Die Gründe hierfür sind nicht ideologischer Natur, sie basieren nicht auf Wertekonflikten. Beide Parteien zielen auf eine islamisch-konservative Gesellschaft ab, wobei weiterhin nur die türkische Bevölkerung die eigentliche Staatsnation bilden soll. Beide stehen der kurdischen Bewegung feindselig gegenüber. Zerstritten haben sich die ehemaligen Bündnispartner vielmehr an der Frage, wer nach der erfolgreichen Eroberung

der Staatsmacht welchen Anteil an Posten und Ressourcen erhalten soll. Da beide Seiten, die AKP und die Gülen-Bewegung, ähnlich antidemokratisch gesinnt sind, mussten sie zudem immer befürchten, dass die andere Seite irgendwann versuchen würde, sie mit repressiven Mitteln zu entmachten.

Nachdem es den beiden Kräften nicht gelungen war, einen Kompromiss zu finden, eskalierte der Konflikt. Im Dezember 2013 holte die Gülen-Bewegung über ihre Anhänger innerhalb der Justiz und der Polizei zu einem Schlag gegen die AKP aus und ließ 80 AKP-nahe Personen wegen Korruption festnehmen, darunter die Söhne von drei AKP-Ministern. Die AKP-Führung reagierte mit der Strafversetzung von Polizeipräsidenten und mit der Entlassung der für die Festnahmen verantwortlichen Staatsanwälte. Damit war der Machtkampf offen entbrannt. Den vorläufigen Sieg sollte die AKP-Regierung davontragen: Ende des Jahres 2014 war der Staatsapparat von allen bekannten Netzwerken der Gülen-Bewegung «gesäubert» worden. Die Gülen-Bewegung stellte für die AKP-Führung keine ernsthafte Bedrohung mehr dar. Zumindest schien es so.

VERLUST DER REGIERUNGSMehrheit UND RÜCKKEHR DES KRIEGES

Währenddessen hatte der sogenannte Friedensprozess in der Türkei zu einer Entwicklung beigetragen, die von der AKP-Regierung weder so vorhergesehen worden war noch ihren Vorstellungen entsprach. Die kurdische Bevölkerung hatte damit begonnen, stärker als zuvor auf demokratische und zivilgesellschaftliche Bewegungen zu setzen. Dies hat die *Bariş ve Demokrasi Partisi* (BDP) gestärkt und zu einem Bündnis zwischen ihr und zahlreichen kleineren linken Parteien und Organisationen geführt, woraus schlussendlich die *Halkların Demokratik Partisi* (HDP) entstanden ist, mit der Absicht, diese zu einer Interessenvertretung der kurdischen Bevölkerung im türkischen Parlament zu machen. In Zukunft sollte der Konflikt zwischen dem türkischen Zentralstaat und der kurdischen Bevölkerung nicht länger über Waffen, sondern über politische Debatten ausgetragen werden. Zusätzlich hatte die HDP auch in der Westtürkei an Unterstützung gewonnen, vor allem von denjenigen linken und liberalen Kreisen, die in einer zivilen Partei wie der HDP eine Garantin für den Weg hin zum Frieden sahen.

Als diese dann bei den Wahlen am 7. Juni 2015 mit einem Ergebnis von 13 Prozent der Stimmen überraschend deutlich die Wahlhürde für das nationale Parlament überwand, begriff die AKP-Führung, dass der «Friedensprozess» für sie nicht mehr zweckmäßig war. Ganz im Gegenteil: Der Erfolg der HDP hatte dazu geführt, dass die AKP zum ersten Mal seit 2002 über keine absolute Mehrheit mehr im Parlament verfügte. Dies war für die machtvorwöhnte AKP-Führung anscheinend nicht hinnehmbar. Statt ernsthafte Koalitionsgespräche zu führen, wurde alles getan, um Neuwahlen herbeizuführen und die innenpolitische Lage eskalieren zu lassen, um damit den Aufstieg der kurdischen Oppositionspartei zu stoppen. Er erneutes Aufflammen des kriegerischen Konflikts zeichnete sich ab, es brauchte nur noch einen Auslöser.

Am 20. Juli 2015 fand in der türkischen Stadt *Suruç* in der Nähe der syrischen Grenze ein Anschlag auf eine Gruppe von HelferInnen statt, die auf dem Weg nach Kobane in Rojava waren. Dieser Anschlag wurde dem «Islamischen Staat» zugeschrieben, aber viele gehen von einer Beteiligung des türkischen Geheimdienstes oder zumindest von dessen be-

wusster Duldung aus. Als PKK-nahe Kräfte auf das Attentat mit der Ermordung zweier türkischer Polizisten reagierten, diente dies der türkischen Regierung als Rechtfertigung für Luftangriffe auf die PKK-Stellungen im Nordirak. Damit war der «Friedensprozess» endgültig gestorben.

In den folgenden Monaten wütete ein brutaler Krieg in den kurdischen Städten im Südosten des Landes, in dem über 8.000 Menschen getötet und über 400.000 Menschen vertrieben wurden. Jegliche Hoffnungen der kurdischen Bevölkerung auf eine friedliche Lösung des Konfliktes wurden zerschlagen. Der Krieg hatte sie vor die Wahl gestellt, sich zu fügen oder Widerstand zu leisten. Die AKP jedoch konnte von alledem profitieren. Aus den vorgezogenen Parlamentswahlen am 1. November 2015 ist sie erneut als eindeutig stärkste politische Kraft (49,5 Prozent aller Stimmen, 317 von 550 Sitzen) hervorgegangen und kann seitdem wieder allein regieren. Mit dem Krieg hat die AKP-Regierung ebenfalls die Unterstützung der türkischen Rechten und Nationalisten, wie etwa der *Milliyetçi Hareket Partisi* (MHP), gewonnen, die ohnehin schon immer für eine «militärische Lösung der Kurdenfrage» waren.

PUTSCHVERSUCH VOM 15. JULI 2016 UND «STAATSTREICH» DER AKP

In den Jahren nach 2007 war die Gefahr eines Militärputsches weitgehend gebannt gewesen, weil die AKP es geschafft hatte, die Armeeführung unter ihre Kontrolle zu bringen. Als es am 15. Juli 2016 dennoch wieder zu einem militärischen Aufstand gegen die Zivilregierung kam, zeigt sich recht bald, dass die Putschisten nicht ausreichend Unterstützung in den eigenen Reihen und in anderen Sicherheitsorganen mobilisieren konnten. Die Armeeführung verweigerte sich ebenfalls dem Putschversuch. Nach wenigen Stunden war der Aufstand niedergeschlagen und die Putschisten mussten aufgeben. Die AKP-Regierung unter der Führung von Erdoğan nutzte den fehlgeschlagenen Militärcoup nun zu einem Gegenschlag. Sie verhängte den Ausnahmezustand, zunächst für drei Monate, inzwischen ist er um drei Monate verlängert worden. Es ist davon auszugehen, dass weitere Verlängerungen folgen werden. Das erlaubt es, die Bürgerrechte massiv einzuschränken und mittels Verordnungen am Parlament vorbei zu regieren. Erdoğan's Ziel scheint es zu sein, den Staatsapparat von allen AKP-feindlichen Kräften zu säubern und seine Machtposition durch die Einführung eines sogenannten Präsidialsystems noch weiter auszubauen. Man hat bereits über 115.000 Staatsbedienstete entlassen. Mehr als 78.000 Menschen wurden festgenommen, über 37.000 von ihnen sitzen in Haft. Menschenrechtsorganisationen berichten von Folter an gefangen genommenen Putschisten. Mehr als 2.100 Vereine, Gewerkschaften, Schulen, Stiftungen etc. sind von staatlicher Seite verboten bzw. geschlossen worden. Auch die Angriffe auf die prokurdische und links ausgerichtete HDP, die bei den Wahlen im November 2015 erneut mit 10,8 Prozent der Stimmen in die türkische Nationalversammlung einziehen konnte, haben seit dem gescheiterten Putsch noch einmal deutlich zugenommen.

DIE HDP SOLL ZUM SCHWEIGEN GEBRACHT WERDEN

Für die AKP stellt die HDP mit ihrer parlamentarischen Präsenz und ihrer grundsätzlichen Oppositionshaltung gegenüber zahlreichen Regierungsprojekten mehr als nur ein großes Ärgernis dar. Spätestens seit ihrem Wahlerfolg im Juni

2015, als sie eine absolute Mehrheit der AKP verhindern konnte, ist sie zum Ziel staatlicher Repression geworden. Seit Beginn des Krieges gegen die kurdische Bewegung Ende Juli 2015 wurden Hunderte PolitikerInnen und AktivistInnen sowie über 40 BürgermeisterInnen, die der HDP angehören, festgenommen. Die Festnahme der beiden Parteivorsitzenden (Selahattin Demirtas und Figen Yüksesdag) und zehn weiterer Abgeordneter der HDP am 4. November 2016 war dann eine neue Stufe der Eskalation. Die Haftbefehle wurde damit begründet, dass die PolitikerInnen der Ladung der Polizei, zu Terrorismusvorwürfen auszusagen, nicht nachgekommen waren.

Bereits Ende Mai 2016 hatte das türkische Parlament die Immunität aller 59 HDP-Abgeordneten aufgehoben, und zwar mit Zustimmung der MHP und CHP. Während die nationalistische und rechte MHP aus Überzeugung heraus die antikurdische Linie der AKP unterstützt, gibt es in der kemalistischen CHP zumindest Bedenken, weil der autoritäre Kurs der AKP irgendwann auch die Existenz der eigenen Organisation gefährden könnte. Dennoch hat es die größte türkische Oppositionspartei bis heute nicht geschafft, sich gegen die Angriffe auf die HDP zu stellen – von einem Bündnis mit linken und kurdischen Kräften zur Rettung der Demokratie in der Türkei ganz zu schweigen.

Unmittelbar nach Aufhebung der Immunität erhob die Staatsanwaltschaft gegen viele HDP-Abgeordnete Anklage wegen «Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation» oder wegen «Propaganda zugunsten einer terroristischen Vereinigung». Hintergrund sind politische Äußerungen der HDP wie etwa die von ihnen aufgestellten Forderungen nach Stärkung kommunaler Strukturen und nach Einführung eines föderalen Systems. Aus diesen hat man flugs einen Straftatbestand gebastelt: Separatismusbestrebungen und Unterstützung der PKK. In einem funktionierenden Rechtsstaat dürfte eine solche Umdeutung von politischen Forderungen nach Dezentralisierung und mehr Demokratie in «Unterstützung von Terrorismus» keinen Bestand haben. Allerdings dient in der Türkei die Justiz, wie auch andere Teile des Staatsapparates, vor allem den politischen Zielen und dem Machterhalt der AKP-Regierung. Politisch motivierte Verfahren in der Vergangenheit wie etwa die KCK-Prozesse gegen Linke und KurdInnen seit 2009 zeigen, dass der Staat auch ohne wirkliche Beweise über viele Jahre unschuldige Menschen verfolgen, vor Gericht zerren und inhaftieren kann. Mit der Festnahme der HDP-Führung ist die Absicht verbunden, deren Anhängerschaft einzuschüchtern und die einzige linke und prokurdische Stimme im türkischen Parlament zum Schweigen zu bringen. Die Festnahme wird auch von vielen als ein Signal dafür verstanden, dass in Zukunft kaum mehr eine zivilgesellschaftliche und politische Betätigung von KurdInnen geduldet werden wird.

DIE TÜRKEI AUF DEM WEG IN DIE AUTOKRATIE?

Der anhaltende Ausnahmezustand hilft der AKP-Führung zu dem dabei, andere lang gehegte kontroverse Gesetzesvorhaben endlich ohne größere politische oder gesellschaftliche Auseinandersetzungen durchzubringen. Am 10. Dezember ist von der AKP ein Entwurf zu einer umstrittenen Verfassungsreform, die Voraussetzung für die Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei wäre, ins Parlament eingebracht worden. Die Reform sieht vor, das Amt des Ministerpräsidenten abzuschaffen und einen Großteil von dessen Kompetenzen auf den Staatspräsidenten zu übertragen.

Zukünftig könnte Erdoğan direkt die Minister ernennen und dauerhaft über Dekrete, die Gesetzeskraft haben, aber nicht der Zustimmung des Parlaments bedürfen, regieren. Bereits nach dem gescheiterten Militärputsch im Sommer hatte die AKP Verhandlungen mit der MHP über diese Reform aufgenommen und sich deren Zustimmung gesichert. Es ist wohl beabsichtigt, im Frühjahr ein Referendum über die Verfassungsänderung anzusetzen. Dafür reichen 330 Stimmen.

Das heißt, die AKP-Regierung wird den Weg, den sie nach den Wahlen im Juni 2015 eingeschlagen hat, nämlich hin zu einem autoritären Präsidialsystem mit einer formaldemokratischen Fassade, weitergehen. Es ist kaum zu erwarten, dass die Abstimmung im Parlament und das geplante Referendum nicht im Sinne der Regierungspartei ausgehen werden. Derzeit scheinen nur noch zwei Faktoren eine Gefahr für die AKP darzustellen. Zum Ersten ist absehbar, dass der Krieg gegen die PKK militärisch langfristig nicht erfolgreich sein wird. Trotz der massiven Angriffe auf die kurdischen Städte sowie der Tötung und Vertreibung so vieler Menschen sieht es nicht danach aus, dass die militärische Kraft der PKK nachgelassen hat. Zudem wird der sogenannte Kurdenkonflikt durch die massiven Angriffe auf die HDP noch weiter angeheizt werden, war diese doch unter anderem mit dem Anspruch angetreten, der ethnischen Spaltung des Landes entgegenzuwirken. So wird ein friedliches Zusammenleben von TürkInnen und KurdInnen immer weniger vorstellbar. Zum Zweiten droht der Türkei eine heftige ökonomische Krise, sollte irgendwann die Blase des kreditfinanzierten Wachstums zerplatzen. Der Wertverlust der türkischen Lira gegenüber US-Dollar und Euro ist ein erstes Anzeichen für diese Gefahr. Genau diese beiden Faktoren waren es, die in den 1990er Jahren die damaligen Regierungsparteien zur Fall brachten, was wiederum zur Gründung der AKP und zu deren Aufstieg an die Macht führte. Ob sich die Geschichte wiederholen wird, lässt sich derzeit noch nicht absehen.

Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler und Publizist. Er promoviert zurzeit an der Ruhr-Universität Bochum zum Thema kurdische Aufstände in der Türkei.

1 Der Ergenekon-Prozess richtete sich gegen eine angebliche Verschwörung von türkischen Nationalisten und Militärangehörigen, die versucht haben sollen, die AKP-Regierung gewaltsam zu stürzen. Über 250 Personen wurden 2013 zu langjähriger Haft verurteilt, allerdings wurden alle Strafen im April 2016 vom Obersten Gericht aufgehoben und das Verfahren eingestellt. 2 Die KCK ist ein Dachverband, in dem die PKK und PKK-nahe Organisationen aus Syrien, Irak und Iran zusammengeschlossen sind. Maßgeblich ist allerdings die PKK selbst, weswegen KCK und PKK oft gleichgesetzt werden.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 37/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Dezember 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling